



Franz Poimer

Abschlagfreie Pension für PostlerInnen:

SPÖ-Vorstoß im Parlament von ÖVP und Grüne wieder abgeblockt!

Die SPÖ- Abgeordneten haben sich am 5. März im Sozialausschuss des Parlamentes neuerlich für die Ausweitung der abschlagsfreien Pension auf PostlerInnen und Postler (Beamte) nach 45 Arbeitsjahren eingesetzt.

Gegen diesen SPÖ-Entschließungsantrag haben sich ÖVP und Grüne erneut quergelegt und zum zweiten mal eine abschlagfreie Pension für PostlerInnen - wie sie für Bauern, Selbstständige und ASVG-Pensionisten bereits seit 1.1.2020 gilt – mit ihrer Mehrheit im Parlament abgeblockt.

- Ebenso verhindert wurde von ÖVP und Grünen, dass die Zeiten für Präsenz- und Zivildienst als Beitragsmonate der Erwerbstätigkeit anerkannt werden.
- Auch die Neuberechnung der Pensionen mit 1.1.2020 ohne Abschläge für jene Jahrgänge, die nach Auslaufen der Langzeitversichertenregelung („Hacklerregelung“) am 31.12.2013 mit bis zu 12,6 Prozent Abschlägen pensioniert wurden, haben ÖVP und Grüne blockiert.

von ÖVP und Grüne ihres Wahlkreises, warum sie gegenüber Bauern, Selbstständigen und ASVG-PensionistInnen schlechter gestellt und von ihnen mit Abschlägen bestraft werden.

Und fragen Sie diese Abgeordneten auch, warum sie für 120 Millionen Euro Steuergeschenke an Hoteliers gestimmt haben und Unternehmen die Körperschaftsteuer von 1,6 Milliarden Euro/Jahr nachlassen wollen, während die Kosten für abschlagfreie Postlerpensionen etwa 25 Mio. Euro betragen, die überdies jährlich geringer werden.

**= Aktuelle APA-Meldung =
INDUSTRIELLEN-VEREINIGUNG:
„HACKLERREGELUNG NEU“
ABSCHAFFEN!**



Kein Geld für unsere Pensionisten - ÖVP und Grüne legen sich quer!

In einer APA-Meldung vom 7. Mai (OTS0029) appelliert die Junge Industrie an die Bundesregierung sehr eindringlich „..... sich der Abschaffung der 'Hacklerregelung Neu' anzunehmen.“

Der Einfluss der Industriekapitäne auf die ÖVP ist hinlänglich bekannt. Daher ist auch der Grund der Türkis/Grünen Blockadehaltung unschwer auszumachen. Wahlspenden müssen sich schließlich rentieren. Und wer nach Ansicht der Regierungsratgeber die Krisenkosten zahlen soll, ist nun auch unschwer erkennbar.



PENSIONS-SISYPHUS

Fragen Sie die NR-Abgeordneten